

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Traktanddruck: Nachrichten Dresden, Fernsprecher-Zammelnnummer: 25241, Nur für Nachdruck: 20011.

Wegzugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden bei zweimonatlicher Zahlung (am Sonn- und Montag mit einemmal) 3,25 Mk., in den Vororten 3,00 Mk. Bei einmaliger Zahlung durch die Post 3,50 Mk. (ohne Gebühren). Anzeigen-Preise: Die einseitige Zeile (eine 8 Zeilen) 25 Pf., Fortsetzung und Anzeigen in Summen nach Sonn- und Feiertagen laut Tarif. — Zusätzliche Beiträge nach gegen Vorzahlung. — Fernblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 34-40. Druck u. Verlag von Kiepisch & Reichardt in Dresden.

Stadtredaktion mit beifolgender Zustellungsangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bergebliche englische Erfindungsvorstöße.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die neuen Kriegskredite. — Der Einfluß des Unterseekrieges auf die feindlichen Angriffspläne. — Requisition französischer Handelsschiffe durch die Regierung. — Die Beute des zweiten deutschen Hilfskreuzers.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 23. Febr. 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz

Bei Rebel und Hegeu verlief der Tag in den meisten Abschnitten ruhig; an einzelnen Stellen der Artois- und Somme-Front, auch zwischen Maas und Mosel kam es zu räumlich begrenzten Gefechten von Erfindungsabteilungen. Mehrere Gefangene sind eingebracht worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern

Bei Smorau, westlich von Luck, sowie zwischen Mota-Lipa und Krasnojka war das Artillerie- und Minenverfeuern lebhafter als sonst.

Bei Zwenzu, östlich von Hlozow, drangen unsere Stoßtruppen in die russische Stellung und führten nach Sprengung von vier Minenstollen mit 250 Gefangenen, dabei drei Offiziere, und zwei Maschinengewehre zurück.

Südöstlich von Brzozow war gleichfalls ein Erkundungsvorstoß erfolgreich.

Front des Generalobersten Erzherzogs Joseph Alois Ferdinand

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Unsere Sicherungsposten wiesen an der Zerech-Niederung bei Corbul den Angriff mehrerer russischer Kompanien ab.

Rajedonische Front

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Febr. (Eig. Drahtmeld. unserer Berliner Mitarbeiter.) Auf eine Anfrage des Abg. Müller (Reinigen (D. Sp.)) teils Ministerialdirektor Teschendorf, daß die Frage der Einführung der bedingten Verurteilung bei Verbrechen gegen Friedensverordnungen geprüft wird. Auf die Anfragen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erwidert Ministerialdirektor Lewald, daß im Wahlkreis Potsdam-Dönhagen bis zum Ablauf der öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen zulässig sind, wenn die Einzeln für Ruhe und Ordnung sorgen, durch die Reden der Bürger nicht geändert und der Geist der Weisheit des deutschen Volkes nicht beeinträchtigt werde. Eine Verlesung kann nach einer Verfügung des Oberkommandos in den Marken verhängt werden. Sie richtet sich nicht gegen politische mitleidige Personen. — Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht.

Abg. Stadthagen (Zos. N. O.) bringt zur zweiten und dritten Lesung mehrere Änderungsanträge ein. Danach soll der Ministerrat mit dem Bundesrat die Zahl der einzuberufenden Richter bestimmen. Spätestens vom Zeitpunkt des Friedensschlusses ab soll die Ermächtigung zur Einberufung wegfallen, zur gleichen Zeit auch die Beschränkung der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit und des Vereinsrechts. — Abg. Vandsberg (Zos.): Das Gesetz über die Schubhaft müsse in allen Verhältnissen angewandt werden. Minder Befehlshaber hätte aber einen besonderen Mangel an Intelligenz bewiesen und sich eine eigene Auslegung zurückgemacht. Wie groß die Arbeit beim Reichsmilitärgericht sei, könne hier nicht entschieden werden. Für den Antrag der Arbeitsgemeinschaft könnte deshalb keine Fraktion nicht stimmen. Die Arbeitsgemeinschaft wolle die Ermächtigung außer Kraft setzen, spätestens am Friedensschluß. Wie aber, wenn die Arbeit schon vor Friedensschluß erledigt sei? Also auch für diese Änderung könnten sich keine Freunde nicht erwärmen. — Generalmajor Kammernann: Gehehen ist die Frage einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs geschnitten und die Verabschiedung der Mindeststrafen gefordert worden. Ich habe bereits im Ausblick erklärt, daß die von uns eingeforderten Änderungen der obersten Kommandoabteilungen des Feld- und Seefahrsbereiches einigermassen sind, und ich habe zugesagt, daß die Prüfung und Fassung des Materials so schnell als möglich erfolgen soll. Das ist geschehen, und ich hoffe, daß Sie schon in der nächsten Zeit Gelegenheit haben werden, sich mit diesen Erachtungen an beschäftigen. (Beifall.)

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Die sozialdemokratische Fraktion nimmt den neuen Kriegskrediten zu.

An einer am Donnerstag abgehaltenen Fraktionsübung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion laut „Vorwärts“ beschlossen, auch den neuen Kriegskrediten ihre Zustimmung zu erteilen und bei dieser Gelegenheit ihre Stellung durch Abgabe einer Erklärung zu präzisieren. (S. 1. B.)

Bergebliche englische Erfindungsvorstöße.

Die englischen Erfindungsvorstöße und Patentreilmutternehmungen des letzten Tages (21.) hängen unter einem unglücklichen Stern. Zunächst endeten sie ergebnislos. Unter besonders schweren Verlusten brach der englische Vorstoß südlich Armentières zusammen. Schon am frühen Morgen des 21. Februar bereitete planmäßiges, sehr lebhaftes Feuer eine feindliche Unternehmung vor. Der von etwa einem englischen Bataillon mit Maschinenabwehren unternommene harte Angriff fand aus völlig bereit. Der Gegner wurde deutschseits bis zum zweiten Graben durchgelassen und dann durch energisch durchgeführte Angriffe von vorn und beiden Seiten umfaßt und nach heftigem Nahkampf zurückgeworfen. Die Engländer liegen in den Gräben viele Tote zurück. Der vorerwähnte Graben wurde hierauf wieder besetzt. Die Stellung ist jetzt in deutscher Hand. Die deutschen Verluste sind gering. (S. 1. B.)

Die englischen Verluste

Vom 13., 15. und 16. Februar geben die Namen von 111 Offizieren und 2100 Mann an. (S. 1. B.)

Berichterstattung der feindlichen Offensive in der Artois-Region.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ gibt Paris und Londoner Telegramme wieder, wonach von der Kommandantur für die Entente gesprochen wird, nachfolgend der Möglichkeit des feindlichen Landboots-Arriens für die Nachschiffe zu den Fronten, zu einer neuen Veranlassung der Ententeoffensive an der Front. „Secolo“ berichtet, daß der Landboots-Arrien eine abermalige Berichterstattung der Offensive als Folge haben könnte.

kl. Am Samstag hierin hat eine Meldung des Londoner Berichters „Corriere della Sera“, daß die Artois-Offensive an der Westfront unmittelbar bevorstehe. In wenigen Tagen werde der Sturm besonnen haben.

Frankreich braucht einen schnellen Sieg.

An den von der „Jenny“ hier veröffentlichten Erörterungen über die englischen und französischen Unternehmungen im Artois schreibt „La France“: Man muß zwar anerkennen, was England geleistet hat. Für Frankreich sei es jedoch sehr notwendig, daß ein schneller Sieg errungen werde. England müsse größere Opfer bringen. Es solle sich ein Beispiel an Frankreich nehmen, das jetzt seine besten Mannschaften zusammenraffe. Gegenüber den Unternehmungen in Frankreich seien diejenigen Englands ein Kinderpiel. (S. 1. B.)

Der zweite deutsche Hilfskreuzer.

Der angeblich „Puma“ heißt, ist, wie Mopenhagener „Politiken“ meldet, seine fähige Taktik fort und hat bereits eine sehr große Anzahl von Schiffen versenkt. In der zweiten Hälfte des Monats Dezember verlegte er seine Taktik in den südlichen Teil des Atlantischen Ozeans. Dort brachte „Puma“ nach einer Meldung südamerikanischer Blätter auch den dänischen Dampfer „Hammerhans“ auf. Auch die nordamerikanischen Zeitungen enthalten ausführliche Mitteilungen über die Taktik der „Puma“. Wo sie sich jetzt aufhalte, sei unbekannt. Elf englische Kriegsschiffe, mehrere französische und ein japanisches Kriegsschiff seien jetzt auf der Jagd nach der „Puma“. Die Zahl der von der „Puma“ versenkten Schiffe ist in der letzten Zeit auf 30 gestiegen. Der Gesamtwert der versenkten und angebrachten Schiffe mit Ladung wird von den Blättern auf 15 bis 20 Millionen Dollars angegeben. Ein amerikanisches Schiff ist der „Puma“ bisher nicht zum Opfer gefallen. Staatssekretär Lansing erklärte, daß die „Puma“ wie jedes andere Kriegsschiff behandelt werden müsse. (S. 1. B.)

Fränkische Requisition von Handelsschiffen.

Die Maritimen Agenten melden den Heberaus von mehr als 150 Fahrzeugen der französischen Handelsflotte an die Requisition. Mitnachts handelte es sich um eine erste Requisition des U-Boot-Arriens für den französischen Seeverkehr.

Gesamteinziehung der neutralen Schifffahrt?

kl. Die Schweizer Zeitungen kündigen einen gemeinsamen Schritt aller Neutralen an gegen die neue englische Requisitionsvorstoß. Die Gesamteinziehung der neutralen Schifffahrt für die neuere Kriegsdauer werde die mutmaßliche Folge der englischen Maßnahmen sein.

Der Papst und der Unterseeboot-Arrien.

Der Mailänder „Secolo“ berichtet, der Papst habe der Wiener Regierung seine Auffassung über den Unterseeboot-Arrien durch den Wiener Kardinal mitteilen lassen. (S. 1. B.)

Amerika will Unterseeboote bauen.

Wie das vollständige Newer Bureau aus Washington meldet, hat der Klottenausblick über den Gezeitenkrieg betreffend den Bau von 68 Unterseebooten günstige Berichte. Dagegen ist der Vorstoß, Amerika solle sich grundsätzlich für vollständige Abschaffung der internationalen Fragen entscheiden, beiseite geschickt worden. (S. 1. B.)

Die englischen Kohlenbergwerke in staatlichem Betrieb.

Eine englische Regierungsverordnung setzt als Datum für die Hebernahme aller Kohlenbergwerke und gewissermaßen die 1. März fest. (S. 1. B.)

Eine Million Männer für den englischen Nationaldienst gebraucht.

Wie der „Newer Courier“ aus London meldet, erklärte der Minister für den Nationaldienst, daß er eine Million Männer brauche. (S. 1. B.)

Ablehnung der Ausdehnung der Wehrpflicht durch das englische Kabinett.

„Daily Chronicle“ schreibt, daß die Mehrheit des Kabinetts einer geforderten Ausdehnung der Wehrpflicht bis zu 30 Jahren nicht zugestimmt habe.

Propaganda für Sozialismus in London.

In London wird eine angebliche Propaganda für Sozialismus und Wehrverweigerung von Lebensmitteln gemacht. Lord George veröffentlicht einen Brief an alle Wehrlichen und Lehrer Englands, worin er sie auffordert, alle Organisations für Feld- und Ackerbau zu bilden. (S. 1. B.)

Strens „mahvolle“ Politik.

kl. Am Unterhause nahm Donnerstag Churhill noch das Wort. Nachdem er mit Anerkennung über die Admiralität, Heeres und Marine gesprochen hatte, wiederholte er seine frühere Forderung, daß man wieder die Dienste Älterer der Marine nutzbar machen müsse. Er erklärte eine Rede, welche vor kurzem Admiral Beir in Parlament gehalten hatte. Man müsse den Älteren gegenüber seine eigenen Verantwortlichkeiten verbergen; es sei jetzt nicht die Zeit, um Marineoffiziere für vorgreifend zu erklären. Dann enthielt Churhill zum erstenmal, daß die Admiralität schon im Februar 1915 dem damaligen Kabinett einen Plan vorgelegt hatte, der bezweckte, die Zufuhren von neutralen Ländern zu unterbinden. Der Einfluß des Ministers des Meeres, der abgelehnt worden sei und der die Rechte der Neutralen nicht übermäßig habe verletzten wollen, habe aber damals die Ausführung des Planes verhindert. Churhill sagte großmütig, daß der Minister des Meeres vielleicht recht gehabt hätte; England habe damals eine äußerst scharfe Methode organisiert, ohne dadurch das Wohlwollen der neutralen Welt einzubüßen. Vielleicht würde die Weisheit der „mahvollen“ Politik, welche Grenzen von Anfang des Arriens an besetzt habe, recht geben.

Zur irischen Frage.

Nach einer Londoner Meldung des „Newer Courier“ lege die Nationalistenpartei der bevorstehenden Debatte über einen Antrag große Bedeutung bei, der die sofortige Einführung der Home Rule in Irland fordern wird. Der Antrag ist von Connors eingebracht, wird aber von Redmond nicht vertreten werden. Die Unionisten wollen ein Amendement einbringen, daß die Home Rule in Irland eingeführt werden soll. (S. 1. B.)

Holland und England.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die beabsichtigte Verbringung in der Verbringung irischer Erzeugnisse nach Holland, ausgekommen Oranien, Mirenen und Mandarinen, aufgehoben worden. (S. 1. B.)

Der „Newer Courier“ vom 21. d. M. abends schreibt unter der Überschrift: „Königliche englische Anklagen“: England will uns zeigen, unter welchen Umständen im Betrage von vielen Millionen Gulden ihnen gegen Bezahlung in englischen Staatsanleihen zur Verfügung zu stellen. Holländischerseits wird aber für die sofortige Bezahlung in bar verlangt, die England nicht geben wolle. Eine zweite englische Anklage bezieht sich auf die Forderung, daß wir Holländer unsere landwirtschaftlichen Produkte und Waren, also Mehl, Getreide, auf holländischen Schiffen nach England bringen. In englischen Häfen werden jetzt 30 niederländische Schiffe zum Verbleiben gezwungen. Um diese Schiffe zurückzubringen, muß Holland ein Verbot erteilen, das in materielle und Lebensgefahr besteht. (S. 1. B.)

Norwegen, Deutschland und England.

Bei der Debatte über die Thronrede sagte der Präsident des Stortinga Mowindet, er habe gemeint und meine noch, daß die norwegische Unterseeboot-Requisition niemals hätte erlassen werden sollen, da er ihre unzureichende Notwendigkeit nicht einsehen konnte. Außerdem sei der Konflikt mit Deutschland durch freundschaftliche Verhandlungen beizulegen worden. Senjaer Kabinett habe Versprechungen gemacht, das durch die völkerrechtliche Zwangslage der norwegischen Anklage elektrifiziert, welches aus dem neutralen Amerika das Abschließen erzwungen habe, das den Anfang zu dem englischen Konflikt herbeiführen habe, einer „Strafe“ für unter „Verbrechen“, die unbillig genug ist, nicht zum wenigsten im Hinblick auf die unabwehrbaren Dienste, die die norwegische Handelsflotte England leistet. (S. 1. B.)

Die Christianiær Zeitung „Dagbladet“ schreibt: Die drückenden, vom norwegischen Standpunkte aus unbilligen englischen Bedingungen zur Verweisung von Unterseebooten müßten auf den großen Schwereleistungen Englands beruhen, keine Anklagen gegen Schwereleistungen monatliche Verweisungen zu erfüllen. Deshalb sollen norwegische Schiffe in den stehendentransporten nach den Mannschaften angewiesen werden. (S. 1. B.)

